

Ressort: Lokales

G20-Entschädigungsfonds: Bund trägt offenbar Hälfte der Kosten

Berlin, 12.07.2017, 11:44 Uhr

GDN - Die Bundesregierung will offenbar die Hälfte eines Hilfsfonds für die Krawallopfer beim G20-Gipfel in Hamburg tragen. Das berichten die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Donnerstagsausgaben).

Das Gesamtvolumen lasse sich noch beziffern, doch strebe man eine "großzügige Regelung" an, um alle berechtigten Ansprüche zu erfüllen, berichten die Funke-Zeitungen unter Verweis auf Regierungskreise. Eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Hansestadt werde gerade finalisiert. Demnach richtet Hamburg eine Ansprechstelle für die Betroffenen ein, bei der Ansprüche geltend gemacht werden könnten. Die Stadt zahle die Entschädigungen aus und kümmere sich zugleich um eventuelle Rückforderungen der Betroffenen an die Versicherungen, schreiben die Zeitungen. Dazu müssten die Betroffenen ihre Ansprüche an die Versicherungen an den Hilfsfonds abtreten. So werde sichergestellt, dass die Menschen zügig und unbürokratisch entschädigt werden.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-91951/g20-entschaedigungsfonds-bund-traegt-offenbar-haelfte-der-kosten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com